

Beschluss

Bäuerlichen Betrieben eine Zukunft geben – Grund und Boden breit streuen – Eigentum als soziale Verantwortung verstehen

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 16.11.2019
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

1 Allein von 2006 bis 2015 stiegen die Kaufpreise von landwirtschaftlichen Flächen von
2 Ackerland um 120 Prozent an. In den neuen Bundesländern haben sie sich mehr als
3 verdreifacht, in Mecklenburg-Vorpommern sogar vervierfacht. Der Konzentrationsprozess nimmt
4 in ganz Deutschland zu, denn Land ist zunehmend ein Spekulationsobjekt geworden. Die
5 Übernahme von Flächen durch den Erwerb von Gesellschaftsanteilen oder ganzen
6 landwirtschaftlichen Unternehmen verändert die strukturelle Agrarlandschaft. Gleichzeitig
7 wächst der wirtschaftliche Druck auf jetzige und zukünftige Landwirt*innen, die durch Krisen
8 und internationalem Handel befeuert wird. Wachsen oder weichen, sowie immer mehr monotone,
9 spezialisierte Betriebe sind seit Jahrzehnten traurige Realität. In den letzten zehn Jahren
10 haben 10 Prozent der Betriebe ihre Hoftore für immer geschlossen.

11 Das Prinzip der EU-Direktzahlungen, Flächenbesitz zu belohnen, hat die Entwicklung der
12 Pachtpreise in Deutschland zusätzlich befeuert. Der Wissenschaftliche Beirat für
13 Agrarpolitik des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft weist zurecht darauf
14 hin, dass ein beträchtlicher Anteil der EU-Direktzahlungen nicht bei (pachtenden)
15 Bäuer*innen verbleibt, sondern an Bodeneigentümer*innen durchgereicht wird. Auch deswegen
16 sind EU-Flächenprämien für uns nicht zukunftsfähig.

17
18 Eine zukunftsfähige Landwirtschaft braucht Boden als Ressource. Landwirt*innen sind
19 diejenigen vor Ort, die Verantwortung für ihre Betriebe übernehmen und den ländlichen Raum
20 beleben. Sie erzeugen Lebensmittel und das im besten Fall bei guter Bodenqualität, einer
21 artenreichen Natur und ohne Belastung für Pflanzen, Tiere und Menschen. Der Erhalt einer
22 vielfältigen Kulturlandschaft und Agrarstruktur hat einen ökologischen, einen ästhetischen
23 aber auch einen sozialen Wert und ist Gemeingut unserer Gesellschaft. Eigentümer*innen von
24 Grund und Boden gehen somit auch eine soziale Verantwortung ein.

25 Der Erwerb von landwirtschaftlichem Grund und Boden wird durch das Grundstücksverkehrsrecht
26 (Grundstücksverkehrsgesetz, Landpachtgesetz und Reichssiedlungsgesetz) geregelt. Die Gesetze
27 dienen dem Schutz land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, dem Schutz von Natur und Umwelt
28 und der Ernährungssicherung. Grundstücksverkehrsgesetz und Landpachtgesetz sehen eine
29 Genehmigung beim Verkauf oder Verpachtung landwirtschaftlicher Flächen durch die
30 Landwirtschaftsbehörden vor. Entspricht z.B. ein Verkauf einer ungesunden Verteilung von
31 Boden, z.B. durch den Erwerb durch eine*n Nichtlandwirt*in, können Landwirtschaftsbehörden
32 Widerspruch einlegen. Landgesellschaften machen daraufhin vom Vorkaufsrecht Gebrauch,
33 erwerben diese Fläche und verkaufen an eine interessierte Landwirt*in weiter. Soweit die
34 Theorie, denn in der Praxis sieht es leider anders aus.

35 Die Föderalismusreform im Jahr 2006 ermöglichte den Bundesländern das
36 Grundstückverkehrsgesetz an regionale Gegebenheiten anzupassen. Dies hat nur Baden-
37 Württemberg umgesetzt. Versuche in anderen Bundesländern sind bisher nicht erfolgreich
38 gewesen. In Baden-Württemberg darf die Landgesellschaft eine Fläche kaufen, auch wenn es zu
39 dem Zeitpunkt keine erwerbsinteressierten Landwirt*innen gibt. Da nicht immer sofort
40 kaufwillige und liquide Landwirt*innen vorhanden sind, haben die Landesgesellschaften bis zu
41 zehn Jahre Zeit, um die Flächen weiter zu verkaufen. Das vereinfacht die Ausführung des
42 Vorkaufsrechts. Dies ist ein Anfang. Jedoch fällt durch den zweifachen Verkauf die
43 Grunderwerbssteuer doppelt an.

44 Diskutiert wird auch eine Preisbremse: Derzeit kann der Verkaufspreis bei bis zu 150 Prozent
45 des ortsüblichen Preises liegen, bevor die Behörden einschreiten können. Das ist zu hoch,
46 wenn man den derzeit dramatischen Preisanstieg dämpfen und den wirtschaftlichen Druck von
47 den Höfen nehmen will.

48 Zudem muss die größte Lücke im Grundstückverkehrsrecht dringend geschlossen werden. Der
49 Erwerb von landwirtschaftlichen Flächen über den Kauf von Unternehmensanteilen, sogenannte
50 Share Deals, ist im Grundstückverkehrsgesetz nicht geregelt. Nur so ist der skandalöse Kauf
51 riesiger Flächen wie der von 2.000 Hektar durch die Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft
52 zu erklären. Der Anteil der Unternehmen im Eigentum überregionaler Investoren in den
53 ostdeutschen Bundesländern liegt im Durchschnitt bei 34 Prozent, in Mecklenburg-Vorpommern
54 sogar bei 41 Prozent. Da erst ab Anteilskäufen von 95 Prozent eine Grunderwerbssteuer für
55 landwirtschaftliche Flächen anfällt, werden außerdem erhebliche Steuerverluste verursacht.

56 Das bestehende Grundstückverkehrsrecht genügt nicht, um den aktuellen Herausforderungen von
57 Konzentration und hohen Preissteigerungen entgegen zu treten. Eine Neugestaltung des
58 Grundstückverkehrsrechtes und die Anpassung agrarstruktureller Ziele sind deshalb notwendig.
59 Die Bundesländern müssen sich für die einheitliche und ambitionierte Überarbeitung der
60 Gesetze und die Durchsetzung der Genehmigungspflicht für den Erwerb von landwirtschaftlichen
61 Flächen einsetzen. Die Bundesebene muss im Gesellschaftsrecht flankierend sicherstellen,
62 dass Anteilskäufe an landwirtschaftlichen Unternehmen in den bodenrechtlichen
63 Regulierungsrahmen und in das Genehmigungsverfahren aufgenommen werden können.
64 Landwirtschaftliche Behörden sollten bei der Regulierung von Kauf- und Pachtpreisen und bei
65 der Ausübung des Vorkaufsrechts unterstützt werden.

66 **Deshalb fordern wir:**

67 In den Ländern sollten die Agrarstrukturverbesserungsgesetze mit Nachdruck vorangetrieben
68 werden. Dabei sind der niedersächsische und der Sachsen-Anhalter Gesetzentwurf eine gute
69 Grundlage. Diese Gesetze sollten den Verkauf von landwirtschaftlichen Flächen an ökologisch-
70 sozialen Kriterien knüpfen. Dabei könnten beispielsweise ortsansässige bäuerliche und
71 ökologisch wirtschaftende Betriebe, die eigenverantwortlich den Hof führen, bevorzugt werden
72 gegenüber außerlandwirtschaftlichen und überregionalen Kapitalinvestoren. Zusätzlich könnten
73 beispielsweise gemeinwohlorientierte Eigentümer, junge Existenzgründer*innen, Betriebe
74 mit besonders hoher Wertschöpfung, beim Flächen- und Betriebserwerb Vorrang haben. Dazu wäre
75 es sinnvoll, genauer zu definieren, was es bedeutet, dass Landgesellschaften das durch
76 Vorkaufsrecht erworbene Land „agrarstrukturverbessernd“ abgeben sollen.

77 Bei einem zeitweiligen Mangel an passenden Käufer*innen, sollten Länder trotzdem die
78 Möglichkeit haben ein Vorkaufsrecht auszuüben. Zu dem Zwecke könnten die
79 Verantwortlichkeiten der Landgesellschaften ausgebaut oder Treuhandgesellschaften gegründet
80 werden, die Land aufkaufen und wieder verkaufen dürfen. Dabei soll die jeweilige Institution
81 nur Vermittler sein und muss sich bemühen, die Fläche zügig wieder in bäuerliche Hände zu
82 geben.

83 Junglandwirt*innen und Betriebsneugründungen müssen beim Vorkaufsrecht von
84 landwirtschaftlichen Flächen gezielt bevorzugt werden. Schon länger fordern wir GRÜNE eine
85 Einführung eines Bundesprogramms „Zugang zu Land – Chancen für neue Betriebe ermöglichen“ in
86 Höhe von 5 Mio. Euro. Gefördert werden sollen Maßnahmen zur Verbesserung des Zugangs zu
87 Land, zur Beratung bei Betriebsneugründungen, außerfamiliärer Hofnachfolge und neuen
88 Finanzierungs- und Unternehmensmodellen wie z.B. Solidarische Landwirtschaft.

89 Durch überteuerte Kaufforderungen kann es für Landwirt*innen oder staatliche Institutionen
90 unmöglich gemacht werden, Land zu erwerben. Deshalb sollten Pacht- und Kaufpreise für
91 landwirtschaftliche Flächen durch Einführung eines Preisbremsenmechanismus gedrosselt
92 werden. Beispielsweise könnte eine Preisobergrenze in Höhe von 120 Prozent der regionalen
93 Durchschnittspreise eingeführt werden.

94 Die doppelte Grunderwerbssteuer beim Durchführen des Vorkaufsrechts sollte gestrichen
95 werden. Es ist nicht hinzunehmen, dass die Grunderwerbssteuer, worauf bei Share Deals
96 bislang verzichtet wird, auf der anderen Seite doppelt erhoben wird. Anteilskäufe an
97 bodenbesitzenden Gesellschaften sollen grundsätzlich der Grunderwerbssteuer unterworfen
98 werden.

99 Sehr wichtig und auch schnell zu implementieren ist ein deutschlandweites Monitoring der
100 Pacht- und Kaufverträge durch die jeweiligen landwirtschaftlichen Behörden. Es sollte in der
101 staatlichen Verantwortung sein, einen Überblick über die Verhältnisse von Grund und Boden zu
102 behalten. Mithilfe eines Transparenzregisters sollten die oft verschachtelten Eigentums- und
103 Anteilseignerverhältnisse landwirtschaftlicher Unternehmen statistisch erfasst werden, damit
104 die Wirksamkeit eines Grundstückverkehrsgesetzes auch überprüft werden können.

105 Eine Verbesserung der Agrarstruktur muss in neuen Landesgesetzen durchgesetzt werden. Eine
106 soziale und ökologische Landwirtschaft kann nur bei einer gesunden Verteilung von Grund und
107 Boden beginnen. Bäuerliches Wirtschaften braucht Grundlagen und diese dürfen nicht durch
108 Landgrabbing verloren gehen!